

Essay

Rote in der Krise

In Zeiten der Rezession wenden sich die Wähler den Sozialdemokraten zu – könnte man meinen. Bei den Europawahlen ist das Gegenteil passiert. Die Roten stürzen auf dem ganzen Kontinent ab. Ein Grund dafür ist, dass die Konservativen tief in sozialdemokratisches Terrain eingedrungen sind, meint Wolfgang Merkel

Die Finanzmärkte stecken in der grössten Krise, welche die kapitalistische Welt seit 1929 gesehen hat. Die Schuldigen der Krise sind bekannt. Sie sitzen ausnahmsweise nicht auf den Regierungsbänken der europäischen Hauptstädte, sondern in den Banken und an den Börsen New Yorks, Londons, Frankfurts, Zürichs und anderswo. Zwei Jahrzehnte neoliberaler Hegemonie in der Wirtschaftspolitik und den öffentlichen Diskursen sind zu Ende gegangen. Nicht vom Staatsversagen, sondern vom Versagen der Finanzmärkte und ihrer Jongleure ist seitdem die Rede. Müsste dies nicht Rückwirkungen auf den Parteienwettbewerb haben? Sollten da nicht gerade jene Parteien auf den Wählermärkten bestraft werden, die als prototypische Verfechter des Finanzkapitalismus aufgetreten sind? Müssten nicht liberale und konservative Parteien Wählerstimmen verlieren und Sozialdemokraten und kapitalismuskritische Linksparteien gewinnen?

So ähnlich müssen die Überlegungen in den Strategiezentralen sozialdemokratischer Parteien vor den Wahlen zum Europäischen Parlament ausgesehen haben. Die Stimmen sind ausgezählt, das Erwachen war schmerzlich. Gleichgültig, ob sie regierte wie in London, Berlin, Wien, Madrid und Lissabon oder in der Opposition sass wie in Frankreich, Finnland, Dänemark oder Schweden, die Sozialdemokratie hat in Europa eine herbe Wahlniederlage erlitten. Die leichten Stimmengewinne in den Klein- und Kleinststaaten Griechenland, Slowakei, Slowenien und Luxemburg bestätigen die europaweite Niederlage mehr, als sie sie dementieren könnten. Zwar war die Niederlage mit einem Verlust der Wählerstimmen für die sozialistische Fraktion im Europaparlament kein Erdbeben, beunruhigend muss sie die europäische Sozialdemokratie dennoch.

Halten wir uns nicht damit auf, dass europäische Wahlen besondere Wahlen sind: eine extrem niedrige Wahlbeteiligung (43,2 Prozent), die Tendenz, eher die höheren Bildungsschichten anzusprechen, ihre Wahrnehmung als nationale Stimmungs-wahlen, ihr Missbrauch als Denkzettel für nationale Regierungen. Die bohrenden Fragen bleiben: Warum gerade jetzt? Warum können Europas Sozialdemokraten nicht bei den Wählern punkten, wenn der Rettungsruf nach dem Staat so unüberhörbar angeschwollen ist? Warum profitieren da eher Parteien im «bürgerlichen» Lager? Wenn schon nicht in dieser Situation, wann dann? Sollte sich nun endgültig das vollziehen, was die Auguren schon für das 20. Jahrhundert prognostiziert haben: «das Ende der Sozialdemokratie»?

Natürlich müssen für die verschiedenen Länder auch unterschiedliche Akzente in der Antwort betont werden. Gemeinsam ist jedoch den meisten, dass viele der christdemokratischen und konservativen Parteien von ihrem marktradikalen Ausflug der letzten zwei Dekaden in die Mitte der Parteienlandschaften zurückgewandert sind. In der Mitte ist es wieder eng geworden. Nicht mehr Blair, Schröder oder Persson herrschen hier, sondern die Merckels und Sarkozys haben dieses Terrain zurückerobert. Und wie sie ihre Sprache und Politik verändert haben! Staatseingriffe sind längst nicht mehr des Teufels. Der Keynesianismus ist zurück, Regulierungen sind en vogue, und selbst Verstaatlichungen haben ihren Schrecken verloren. Der europäische Konservatismus betreibt sozialdemokratische Politik und gräbt dem Original das Wasser ab. Die Abgrenzung ist für Sozialdemokraten schwer geworden. Zusätzlich sind sie mit dem Problem konfrontiert, dass ausserhalb Schwedens die Bürger nicht ihnen,



Einsamer Fahnenchwinger am Tag der Arbeit in Bukarest. Die Wähler wenden sich europaweit von den Sozialdemokraten ab. (Bukarest, 1.Mai 2009).

Der europäische Konservatismus betreibt sozialdemokratische Politik und gräbt dem Original das Wasser ab.

sondern den bürgerlichen Parteien die grössere Wirtschaftskompetenz zuschreiben. Dies wiegt besonders schwer in der Krise. Viele Wähler setzen hier nicht auf den Primat des sozialen Netzes, sondern auf den wirtschaftlichen Aufschwung.

Dies ist nicht alles. Der «sozialdemokratische Raum» wird schon länger von linken Konkurrenten unterwandert. Zum einen von ökologischen Parteien, zum anderen von linkssozialistischen Parteien. Erstere machen der Sozialdemokratie nichtkonservative Teile der Mittelschicht streitig, Letztere mobilisieren Kerngruppen der gewerkschaftlich organisierten

Wolfgang Merkel



Der Politologe Wolfgang Merkel gilt als profunder Kenner der Sozialdemokratie. Er ist Professor an der Berliner Humboldt-Universität und Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Merkel hat mehrere Bücher über die europäische Sozialdemokratie geschrieben, so «Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie». Er berät gelegentlich den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD). (be.)

Arbeiterschaft. Auffallend ist auch, dass sozialdemokratische Parteien dort Mobilisierungsprobleme haben, wo rechtspopulistische Parteien ihnen die autoritär-nationalistisch eingestellten Arbeiter streitig machen. Dies ist in Österreich, den Niederlanden, Dänemark und Italien der Fall.

Werden die Sozialdemokratien Europas nun Opfer der sich ausdifferenzierenden Parteiensysteme und der keynesianischen Konversion des Konservatismus? Dies muss keineswegs so sein. Auch wenn der neue Etatismus der Konservativen in der Wirtschaftspolitik in eine genuin sozialdemokratische Domäne eingebrochen ist, haben sie damit nicht zugleich sozialpolitische Kompetenz erworben. Wieder einmal kann hier die Sozialdemokratie von ihren Schwesterparteien in Skandinavien und besonders den schwedischen Sozialdemokraten lernen. Diese haben erfolgreich ihren Sozialstaat modernisiert. Er ist längst vorsorgend geworden. Nicht mehr der Ausfallbürge für «Marktopfer» soll er im Nachhinein sein, sondern die Bürger vorsorgend mit Fähigkeiten ausrüsten, die ihnen gleiche Chancen auf dem Markt und im Leben gewähren. Es geht nicht um 100 Euro mehr Sozialhilfe für Arbeitslose, sondern um einen fairen und gerechten Zugang zur Bildung in Kindergärten, Schulen und Universitäten.

Amartya Sen, der Nobelpreisträger der Ökonomie, hat deshalb zu Recht den fair organisierten Zugang zu individuellen Qualifikationen ins Zentrum seines Gerechtigkeitsbegriffes gestellt. Die Sozialdemokratie muss wieder die Partei der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten werden. Hier hat sie insbesondere auf dem Kontinent erheblich an Glaubwürdigkeit verloren. Dies ist aber weniger ein Problem der Programmatik als der tatsächlichen Politik. Die SPD hat unlängst den «vorsorgenden Sozialstaat» in ihrem neuen Grundsatzprogramm herausgestellt. Dabei hat sie ganz offensichtlich von

den Skandinavien wie auch von Amartya Sen gelernt.

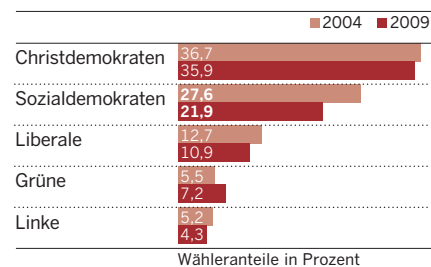
Gleichzeitig hat die SPD aber auch ein Glaubwürdigkeitsproblem: Während sie heute den vorsorgenden, Chancen ermöglichenden Staat hervorhebt, hat sich während der rot-grünen Regierungsperiode von 1998 bis 2005 die soziale Ungleichheit und die Ungerechtigkeit im faktischen Bildungszugang verschärft. Dies haftet.

Ebenso kann man sich nicht erinnern, dass Sozialdemokraten energische Schritte zur Regulierung der Finanzmärkte unternommen hätten. Von Tony Blair wurde ihre Deregulierung aus vermeintlich nationalem Interesse sogar vorangetrieben, Gerhard Schröder und sein späterer Finanzminister Hans Eichel haben nicht widersprochen. Im Geiste der Neoklassik leistete man sich in Deutschland auch eine Steuerreform, die vor allem die oberen Einkommen und die grossen Kapitalgesellschaften entlastet hat. Die Arbeitsmarktreformen wurden von Betroffenen als fordernd, aber nicht fördernd wahrgenommen. Auch dies hat sich ins Gedächtnis der sozialdemokratischen Klientel eingegraben.

Die kontinentaleuropäische Sozialdemokratie hat weniger ein Programm- als ein Umsetzungsdefizit. Dies gilt vor allem für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Eine

Europawahl

Sozialdemokraten stürzen ab



nüchterne Sozialwissenschaft sollte sich von Thesen fernhalten, die irgendein «Ende» prognostizieren – sei es jenes der Geschichte, der Ideologie oder der Sozialdemokratie. Lernen kann sie hier von der Ökonomie, welche die Zeit nicht in Endzeitstimmungen, sondern in Zyklen und Konjunkturen einteilt. Die Sozialdemokratie hat gegenwärtig keine Hochkonjunktur. Auf Rezessionen folgen Aufschwünge. Da ist die Politik der Ökonomie nicht unähnlich. Sollte die Krise der Finanzmärkte bald stärker auf die Arbeitsmärkte durchschlagen, wird sich auch die gegenwärtige Amnesie der Wähler gegenüber den politischen Hauptverantwortlichen verflüchtigen. Dies könnte dann wieder dem sozialdemokratischen Original und nicht seiner christdemokratisch-konservativen Kopie nützen. Mitarbeit: Christian Henkes

ANZEIGE

